Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 34.Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
13. Februar 2003	**10.05 Uhr**	**11.20 Uhr**	**Rembertiring**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 16. Januar 2003	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Aufnahme in bilinguale Bildungsgänge	Vorlage L 173
TOP 5	Beteiligung Bremens an BLK-Modellversuchen und Förderprogrammen des BmBF – neue Projekte und Drittmittelakquisition	Vorlage L 175
TOP 6	Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und die Einführung des Zentralabiturs im Lande Bremen	Vorlage L 177
TOP 7	Informationen der Eltern volljähriger Schüler/innen	Vorlage L 179
TOP 8	Finanzierung der Stiftung „Bremer Schuloffensive“	Vorlage L 182 / G216
TOP 9	Jugend im Parlament	Vorlage L 183 / G 218

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 16. Januar 2003

Das Protokoll der 33. Sitzung der Deputation für Bildung vom 16. Januar 2003 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Bitte von Frau Jamnig-Stellmach und Herrn Nalazek zur Beteiligung Bremer Schulen am Projekt **„europäischer Frühling“** wurde verschickt. Frau Jamnig-Stellmach kritisiert, dass die Schüler an einem Wettbewerb zur jugendfreundlichsten Region Europas teilnehmen sollen, aber nicht über Projekte wie den „Europäischen Frühling“ informiert werden. Sie bittet darum, zukünftig koordiniert vorzugehen und regt an, besser über das Umgehen mit der Europäisierung zu informieren.

2. Die Antwort auf die Bitte von Frau Wilts eine kurze und verständliche Fassung der **Handreichungen für die Internetnutzung** der Schulen durch Schüler zu erstellen wurde verschickt. Frau Wilts bemängelt, dass die Handreichungen für die S1 und die S2 nicht kurz und verständlich genug gefasst wurden.

3. Die Antwort auf die Anfrage von Herrn Bürger zu den **Werbemaßnahmen im Fach Englisch** in der GyO wurde verschickt.

4. Die Antwort auf die Bitte von Frau Jamnig-Stellmach nach einem Bericht über die Beteiligung **am Fortschreibungsverfahren für neue EU Projekte** wurde elektronisch verschickt.

5. Die Antwort auf die Frage von Frau Hövelmann nach einer Aufstellung der Schulen, die bereits Projekte im Rahmen der **PISA-Folgemaßnahmen** durchführen und der Schulen, die dies beabsichtigen, wurde verteilt.

6. Frau Hövelmann bittet um genaue Angaben, wie viele **Bewerber es für bilinguale Bildungsgänge** gab und wie viele abgelehnt wurden. Herr Bürger bittet ergänzend zu der vorangegangenen Bitte um Mitteilung der **Leistung der angenommenen bzw. abgelehnten Schüler.**

7. Die Mitteilung des Senats zur **Novellierung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes und des Beamtengesetzes** wurde verteilt. Herr Mützelburg erinnert an den noch ausstehenden **Bericht zur Lehrerarbeitszeit** an die Bremische Bürgerschaft.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung am 20. März 2003 zu.

TOP 4 Aufnahme in bilinguale Bildungsgänge Vorlage L 173

Frau Hövelmann äußert sich positiv über die Vorlage, bittet jedoch um eine einen Bericht, wie viele Bewerber abgelehnt wurden. Sie bittet darum, grundsätzlich über eine Ausweitung der bilingualen Bildungsgänge nachzudenken. Herr Bürger ergänzt, dass diese Debatte schon vor 5 Jahren geführt worden sei. Er bittet darum, in den Bericht auch die Leistungsfähigkeit der Bewerber aufzunehmen. Herr Mützelburg regt an, die Teilnahme an bilingualen Bildungsgängen auch in anderen als dem gymnasialen Bildungsgang zu ermöglichen. Herr Fries vertritt die Ansicht, dass zusätzlicher Bedarf geweckt werden sollte, da Fremdsprachenkenntnisse zunehmend an Bedeutung für den weiteren schulischen und beruflichen Werdegang gewinnen. Er spricht sich dafür aus, bei der Bewerberauswahl die Gymnasialempfehlung nicht als Auswahlkriterium heran zu ziehen, sondern vor allem auf die Englischnote zu achten. Senator Lemke bittet um Streichung des Wortes „zustimmend“ im Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt die Verordnungsänderung zur Kenntnis.

TOP 5 Beteiligung Bremens an BLK-Modellversuchen und Förderprogrammen des BmBf – neue Projekte und Drittmittelakquisition 2002 Vorlage L 175

Herr Bürger empfindet die in der Vorlage dargestellte Entwicklung als sehr positiv, möchte jedoch gerne wissen, wie es nach Ablauf der einzelnen Förderprogramme mit einer Verstetigung der Ergebnisse ist. Senator Lemke erwidert, dass Nachhaltigkeit angestrebt werde. Oft seien positive Effekte schon während des laufenden Programms bemerkbar, in jedem Fall werden die Einzelprojekte in ihrer Wirkung überprüft werden. Herr Möhlenbrock erläutert, dass

die hohe Beteiligungsquote von 44 Schulen eine gute Voraussetzung für Nachhaltigkeit sei. Herr Brumma ist der Auffassung, dass die Kommunikation in diesem Bereich noch besser werden müsse.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht über die Beteiligung Bremens an BLK- und Bundesprogrammen und an ESF-/EFRE-Programmen sowie die Ergebnisse der Drittmittelakquisition 2002 zur Kenntnis.
Sie bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um regelmäßige Berichterstattung zu neuen Bremer Drittmittelprojekten im Bildungsbereich.

TOP 6 Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und die Einführung des Zentralabiturs im Lande Bremen **Vorlage L 177**

Senator Lemke führt aus, dass es sich um Rahmensetzungen handele, wobei in Ausnahmefällen sinnvolle Projekte wie z.B. das der Kooperation mit dem Alfred Wegener Institut in Bremerhaven bei der Profilbildung ermöglicht werden sollen. Über Ausnahmefälle werde die Deputation für Bildung selbstverständlich informiert. Mit den vorgeschlagenen Veränderungen sollen stabilere Lernzusammenhänge in der gymnasialen Oberstufe ermöglicht werden und sie soll kostengünstiger werden. Er bittet darum, folgende redaktionelle Veränderungen an der Vorlage vorzunehmen: auf Seite 2 der Vorlage ist in der letzten Zeile des vorletzten Absatzes das Wort „zu“ zu streichen und in der Anlage 2 ist auf Seite 2 in der Tabelle unter 9. auf „B/1“ zu verweisen. Herr Bürger erklärt, dass die bereits vor 2 Jahren von der CDU gestellte Grosse Anfrage in den dargestellten Positionen nun größtenteils umgesetzt worden seien. Er bemängelt jedoch, dass die Fächer Kunst, Musik und Religionskunde zu kurz gekommen seien. Weiterhin unterstreicht er, dass die angesprochenen Ausnahmefälle eine stringente Umsetzung nicht behindern dürfen. Herr Mützelburg kritisiert, dass die Schulen in ihrer Autonomie durch die Vorlage zu stark beschränkt würden. Dies stünde im klaren Gegensatz zu einer modernen Weiterentwicklung im Sinne des Beispiels Finnland. Er sei nicht prinzipiell gegen das Zentralabitur, jedoch müsse man in diesem Zusammenhang auch die Selbstständigkeit der Schulen diskutieren, was in Vergessenheit geraten sei. Frau Wilts berichtet von anfänglichen großen Bedenken der Bremerhavener Schulen, die sich jedoch im Dialog größtenteils ausräumen ließen. Aufgrund der sehr großen Oberstufen in Bremerhaven seien die Bremer Probleme dort bisher nicht aufgetreten, sie hoffe, dass die dortige erfolgreiche Arbeit wie gehabt fortgesetzt werden könne. Frau Hövelmann berichtet ebenfalls von Bedenken bei den Schulleitungen die aber gleichfalls durch den intensiven Dialog ausgeräumt werden konnten. Autonomie ließe sich nicht verordnen, sondern müsse sich entwickeln. Es gälte nunmehr verbindliche Standards für die Schulen zu entwickeln. Als Schritt in Richtung einer größeren Schulautonomie führt sie die „schulscharfe Einstellung“ an. Herr Fries kritisiert, dass die stärkeren Auflagen und die Blockung ein Schritt zurück zu weniger Selbstbestimmung der Schulen sei. Er befürworte ein größeres Vertrauen in Schulen und Schüler. Frau Voigt (GSV) lehnt die Vorlage grundsätzlich ab, da hier den Schülern jede Eigenverantwortung abgesprochen werde. Sie fragt, wieso feste Lerngruppen effizienter sein und fügt hinzu, dass Lernen durch Prüfungen nicht automatisch erfolgreicher sei. Herr Bruns antwortet, dass bisher die Verpflichtung bestand in der Oberstufe mindestens ein Jahr Kunst, Musik oder Darstellendes Spiel zu belegen. Diese Verpflichtung werde nun auf zwei Jahre aufgestockt, so dass in Zukunft ein künstlerisches Fach durchgängig bis zur 12. Jahrgangsstufe belegt werden müsse. Für die Fächer Religionskunde oder Philosophie bestand bisher keine Belegverpflichtung. Nun müsse eines der Fächer mindestens ein Jahr lang in der 12. oder der 13. Klasse belegt werden. Die feste Verkopplung der drei Kernfächer Deutsch, Mathematik und Englisch in einer Lerngruppe, die den Oberstufen ermöglicht werden soll, biete besonders wirkungsvolle Fördermöglichkeiten in diesen zentralen Kompetenzbereichen. Herr Lückert ergänzt, dass die Felder der wirtschaftlichen, personellen und curricularen Selbständigkeit der Schulen mit dem Ziel ausgeleuchtet werden, in einem Kontraktverfahren abgesichert zu

werden. Frau Biermanns (ZEB) fragt, wann mit einer Umsetzung zu rechnen sei. Staatsrat Köttgen erläutert, dass die Absicherung der Standards nicht nur eine regionale Frage sei, sondern diese bundesweit entwickelt werden müssen. Frau Wilts äußert Bedenken gegen die Verpflichtung für Schüler, Religionskunde oder Philosophie zu belegen.

Beschluss (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt den Rahmenbedingungen zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs im Lande Bremen zu.

TOP 7 Information der Eltern volljähriger Schüler/innen Vorlage L 179

Frau Voigt (GSV) lehnt die Vorlage ab, da Schüler mit 18 volljährig seien und selber über die Information an ihre Eltern entscheiden sollten. Die GSV sei insbesondere gegen die Vorraussetzung des Einverständnisses zur Auskunftserteilung an die Eltern solange nicht widersprochen werde und wird deshalb ein Widerspruchsformblatt erstellen. Frau Niehaus (ZEB Bremerhaven) problematisiert das Vorgehen bei Schülern, die einen eigenen Wohnsitz haben. Grundsätzlich sei sie der Auffassung, dass die Reglementierung zurückgefahren werden sollte. Senator Lemke sieht das vorgeschlagene Vorgehen als gute Basis um sicher zu stellen, dass möglichst viele junge Menschen zum schulischen Erfolg geführt werden können.

Beschluss (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt den Richtlinien über die Information der Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler gemäß Anlage 1 zu.

TOP 8 Finanzierung der Stiftung „Bremer Schuloffensive“ Vorlage L 182/G 216

Herr Mützelburg fragt, warum eine Stiftung aus öffentlichen Mitteln, die dann im Haushalt fehlen, gegründet werd. Frau Hövelmann bittet um einen Bericht über die von der Stiftung geförderten Maßnahmen. Senator Lemke sagt dies für die kommende Sitzung zu und erläutert, dass es sich bei dem Zuschuss für die Stiftung „Bremer Schuloffensive“ um ein politisches Signal handele, das Geld der Investoren säße nicht mehr so locker und somit bedürfe es einer politischen Unterstützung dieses Projektes.

Beschluss (Gegen 1 Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

1. Die Deputation für Bildung und stimmt der dargestellten Unterstützung der Stiftung „Bremer Schuloffensive“ und der Nachbewilligung der Mittel in Höhe von EUR 200.000,-- aus der Rücklage des Produktplanes Bildung zu.
2. Die Deputation für Bildung bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft um Weiterleitung an die Haushalts- und Finanzausschüsse zur Freigabe der Mittel.

TOP 9 Jugend im Parlament Vorlage L 183 / G 218

Senator Lemke bedankt sich bei den Vertretern von „Jugend im Parlament“ für die fundierten Vorschläge der Jugendlichen, die in vielen Punkten seine Zustimmung fänden. Viele der Forderungen sind schon angeschoben worden, bei anderen fehlten im Moment die zur Verwirklichung notwendigen finanziellen Mittel oder es gäbe keinen politischen Konsens für eine Umsetzung. Nur in einigen wenigen Punkten könne er sich den Forderungen nicht anschließen. Er bittet die Deputation ihm den Auftrag zu erteilen, den Vorschlag einer Integrationskampa-

gne und für das Feed-Back-Verfahren des Unterrichts weiter auszubauen. Herr Rohmeyer lobt, dass diesmal die Mitglieder von „Jugend im Parlament“ noch intensiver auf Detailfragen eingegangen seien, auch wenn natürlich nicht alle Positionen mit denen der CDU oder der großen Koalition übereinstimmten. Das Projekt „Jugend im Parlament“ müsse jedoch unbedingt weitergeführt werden. Frau Dios (JiP) begrüßt, dass so viele Vorschläge angenommen worden sein, jedoch habe man die wichtigsten (z. B. Schulstrukturen) leider nicht übernommen. Herr Fries lobt die positive Arbeit von „Jugend im Parlament“ und begrüßt auch den Vorschlag von Senator Lemke. Der Vorschlag von „Jugend im Parlament“ sei ein Schritt zur Schaffung eines grundsätzlichen Konsenses zur Änderung der Schulstruktur, die Stellungnahmen dazu in der Vorlage lehne er ab. Frau Hövelmann dankt den Mitgliedern von „Jugend im Parlament“ ganz ausdrücklich für die geleistete Arbeit. In einigen Punkten decken sich die Ansichten von CDU und SPD nicht, die Koalition sei jedoch zum Konsens verpflichtet und werde diesen auch finden. Die weitere Diskussion hierzu wird dann im Parlament geführt werden.

Beschluss

1. (gegen eine Stimme von Bündnis 90/ DIE GRÜNEN) Die Deputation für Bildung beschließt den als Anlage 2 beigefügten Bericht zu den Schulen und Unterricht betreffenden oder berührenden Beschlüssen der Veranstaltung „Jugend im Parlament“ und bittet, diese über den Präsidenten des Senats an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft weiterzuleiten.

2. (einstimmig) Die Deputation für Bildung bittet um Prüfung und Bericht zu folgenden Punkten:

- Die Deputation bittet um eine Konkretisierung der durch die Veranstaltung Jugend im Parlament angeregten Integrationskampagne (mögliche Maßnahmen, Partner, etc.)

- Die Deputation bittet um einen Bericht, wie Feed-Back-Verfahren im Unterricht bereits praktiziert werden und wie die Beteiligung der Schulen hieran erhöht werden kann.

Senator Sprecher Protokollantin